

Frau Feld-Wielpütz begründete den Antrag der CDU-Fraktion. Es sei wichtig, die Fachhochschule und die Wirtschaftsförderungsgesellschaft nochmals einzubinden und hierzu im Vorfeld der anstehenden Ratssitzung einen Workshop abzuhalten. Ebenso wichtig sei eine Information der Bürger und der unmittelbar betroffenen Nachbarschaft des Baufeldes. So bestehe u.a. auch Gesprächsbedarf seitens der Kreishandwerkerschaft.

Herr Köhler unterstützte das Anliegen der CDU-Fraktion. Dieser Antrag sei im Grunde genommen zu spät gestellt worden und die Diskussion mit der Bevölkerung hätte schon längst geführt werden müssen. Er sehe sich in seiner Ansicht bestätigt, da sich offensichtlich Private als auch die Kreishandwerkerschaft zu Wort gemeldet hätten.

Herr Schäfer wies darauf hin, dass es in der Hand des Ausschusses liege, ob er heute einen Beschluss fassen möchte. Die endgültige Entscheidung liege beim Rat der Stadt. Die jetzt eingeforderte weitere Beratung sei fast schon zu spät. Die Beteiligung der Nachbarn sei schon immer eingefordert, jedoch offensichtlich nicht vollzogen worden. Er unterstütze den vorliegenden Antrag, um eine Beschluss durch den Rat der Stadt vorzubereiten. Insbesondere müsse noch geklärt werden, welche Auswirkungen für die Nachbarschaft u.a. durch die entstehenden Verkehre zu erwarten sind.

Herr Gleß legte dar, dass mit der Fachhochschule seit Jahren ein intensiver unmittelbarer Kontakt bestehe, der aus seiner Sicht einen weiteren Workshop entbehrlich mache. Gleiches gelte für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft als 100-prozentige Tochter der Stadt. Auch hier finde ein regelmäßiger intensiver Austausch statt. Dies sei schon durch die Tatsache sichergestellt, dass der Bürgermeister gleichzeitig der Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist. So würden auch in den Geschäftsführerbesprechungen und im Aufsichtsrat regelmäßig entsprechende Projekte vorgestellt und besprochen. Eine Bürgerbeteiligung sei formal im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nach dem Baugesetzbuch erfolgt. Für eine darüber hinaus erwünschte Beteiligung der Bürger und unmittelbaren Nachbarschaft, wie jetzt gefordert, erbitte er sich eine entsprechende Handhabe durch einen Beschluss des Ausschusses.

Herr Züll sah viele seiner Fragen ansatzweise durch den Vortrag von Herrn Gleß beantwortet. Ein Kommunikationsproblem, insbesondere mit der FH, gebe es demnach nicht, was ihn auch sehr verwundert hätte. Er wies weiterhin auf Konsequenzen bei einer Bürgerbeteiligung außerhalb des formalgesetzlichen Rahmens hin.

Herr Schäfer trug vor, dass er das Funktionieren auf der Gesprächsebene zwischen Fachhochschule und Verwaltung nicht in Frage gestellt habe. Trotzdem sei es hilfreich, wenn der Ausschuss sozusagen direkt aus berufenem Munde die Position der Nachbarn erfahre. Hierzu hätte er sich auch die Vorlage einer Stellungnahme bzw. die Anwesenheit der Geschäftsführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft gewünscht. Eine Information der Öffentlichkeit, wenn auch nicht gesetzlich erforderlich, halte er schon für sinnvoll, auch wenn kein Rechtsanspruch auf Änderungen, wie bereits von Herrn Züll angeführt, bestehe.